

**Rede von Dr. Hans-Jochen Vogel
anlässlich der Verleihung des Willi-Ohlendorf-Preises der
SPD-Stadtratsfraktion Bobingen an Alexandra Herz in Bobingen
am 10. November 2007, 11.00 Uhr**

Anrede,

1.

Wegen meines nun doch fortgeschritteneren Alters und meiner gesundheitlichen Verhältnisse kann ich Einladungen zu auswärtigen Veranstaltungen nur noch ausnahmsweise annehmen. Die heutige Einladung ist ein solcher Ausnahmefall, weil es um Dinge geht, das mir besonders am Herzen liegen - nämlich um das Gedenken an einen Mann, der dem NS-Gewaltregime in vorbildlicher Weise widerstanden hat, und um die Ehrung einer jungen Frau, die durch eine vorzügliche Arbeit einen wichtigen Beitrag dazu geleistet hat, das tapfere Engagement dieses Mannes vor dem Vergessen zu bewahren. Denn als Mitbegründer der Vereinigung „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ setze ich mich immer wieder dafür ein, die Erinnerung an die NS-Gewaltherrschaft und - ohne Ungleiches gleich zu setzen - auch an die zweite Diktatur auf deutschem Boden wach zu halten. Und auch dafür, dass wir die Lehren aus der vom NS-Gewaltregime verschuldeten Katastrophe ernst nehmen. Deshalb bin ich heute hierher gekommen. Ich bin aber auch gekommen, um der SPD-Stadtratsfraktion meinen Respekt dafür zu bekunden, dass sie den Willi-Ohlendorf-Preis gestiftet hat. Das ist eine wirksame Maßnahme, um stets von neuem an diesen Mann zu erinnern.

2.

Ich sprach von Erinnern. Notwendig ist es, auch daran zu erinnern, dass seinerzeit nicht alle Deutschen der NS-Ideologie verfielen und Hitler Allmacht und Allwissenheit zubilligten. Dass ihm eben nicht alle auf dem Wege in die Katastrophe folgten, sondern dass es auch Deutsche gab, die Widerstand leisteten und an den Grundprinzipien der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Menschenwürde festhielten. Und das sogar um den Preis des eigenen Lebens.

Einer von denen, die sich nicht unterwarfen, die den verbrecherischen Charakter des Nationalsozialismus schon früh erkannten und daraus persönliche Konsequenzen zogen, war Willi Ohlendorf. 1901 in Braunschweig geboren, kam er im Jahr 1928 hierher nach Bobingen, wo er als Ingenieur im hiesigen Werk der IG-Farben arbeitete. Idealistisch gesonnen und um eine selbständige Lebensauffassung bemüht, beschäftigte er sich schon früh mit den Arbeiten des Göttinger Philosophen Leonhard Nelson und den Schriften Albert Schweitzers. Das ließ ihn bald zu einem entschiedenen Gegner des Nationalsozialismus werden. 1936 schloss er sich der Augsburger Gruppe des von Leonhard Nelson begründeten Internationalen Sozialistischen Kampfbundes an, der in verschiedenen Formen - so durch die Verbreitung von Druckschriften, durch Mauerinschriften, durch Spruchbänder, die mit entsprechenden Parolen sogar bei NS-Kundgebungen entfaltet wurden, und durch die Aufrechterhaltung eines Netzes von kleinen Gruppen - Widerstand leistete. Als die Augsburger Gruppe 1938 von der Gestapo aufgedeckt wurde, wurde auch Willi Ohlendorf verhaftet und zusammen mit acht anderen Angehörigen des Kampfbundes aus dem süddeutschen Raum im April 1939 vom Volksgerichtshof in München abgeurteilt. Er erhielt sechs Jahre Zuchthaus, die er in verschiedenen Strafanstalten, darunter in Amberg, verbüßte. Nach Ablauf der Strafzeit wurde er jedoch nicht entlassen, sondern zunächst in das KZ Dachau und dann in ein Außenlager des KZ Buchenwald überstellt. Dort starb er im November 1944 unter ungeklärten Umständen; möglicherweise wurde er sogar ermordet.

Es würde zu weit führen, wenn ich jetzt im einzelnen auf den Internationalen Sozialistischen Kampfbund eingehen wollte. Deshalb beschränke ich mich auf einige Bemerkungen. So auf den Hinweis, dass er sich mit aller Strenge an der von Nelson weiterentwickelten Kant'schen Vernunftethik orientierte und an seine Mitglieder auch für die persönliche Lebensführung harte Anforderungen stellte. Sie mussten sich vegetarisch ernähren, des Alkohols enthalten

und dem Bund einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens überlassen. Auch verstanden sie sich als eine Elite, die den Führungsgrundsätzen Platons folgte und zunächst Nelson und nach seinem Tode Willi Eichler als uneingeschränkte Führungspersonen anerkannten. Politisch bemühte sich der Bund, dessen Mitglieder zunächst überwiegend Sozialdemokraten waren, die dann aber wegen prinzipieller Meinungsverschiedenheiten aus der Partei ausschieden, - allerdings erfolglos - um eine Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung, also der Sozialdemokraten und der Kommunisten.

Aus heutiger Sicht wären manche Grundsätze des Bundes kritisch zu diskutieren. Aber entscheidend ist für mich, dass seine Mitglieder dem Gewaltregime Widerstand leisteten. Und dass die meisten Überlebenden nach Kriegsende zur Sozialdemokratie zurückkehrten und sich um den Wiederaufbau unseres Landes große Verdienste erwarben.

Als Beispiele nenne ich nur diejenigen, die ich persönlich gekannt habe. Nämlich Willi Eichler, der als der eigentliche Urheber des Godesberger Programms von 1959 in die Geschichte eingegangen ist. Ebenso Susi Miller, seine Lebensgefährtin, die sich später als Historikerin der Arbeiterbewegung hervorgetan hat. Weiter Ludwig Linsert, den langjährigen Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Bayern, dessen hundertsten Geburtstag wir in diesem Jahr gedenken werden, und meinen Freund Ludwig Koch, der jahrzehntelang Vorsitzender des DGB in München und zu meiner Zeit auch ehrenamtlicher Stadtrat war. Ich vermute übrigens, dass Ludwig Linsert und Ludwig Koch seinerzeit im zeitlichen Zusammenhang mit Willi Ohlendorf verurteilt worden sind. Ludwig Koch verbüßte seine Zuchthausstrafe jedenfalls ebenfalls längere Zeit in Amberg. Sicher hätte auch Willi Ohlendorf zu denen gehört, die sich nach 1945 für die demokratische und soziale Erneuerung unseres Landes eingesetzt haben, wenn er das Gewaltregime überlebt hätte.

3.

Aber er hat uns zusammen mit allen, die damals Widerstand leisteten, ein Vermächtnis hinterlassen, an das gerade bei dieser Gelegenheit erinnert werden muss. Es lautet: Sorgt dafür, dass sich das, was damals geschah, nie mehr wiederholt. Führt den nachwachsenden Generationen immer wieder vor Augen, wo es endet, wenn die Menschenwürde mit Füßen getreten, die Demokratie und die maßgebenden Prinzipien des mitmenschlichen Zusammenlebens zertrümmert und die fanatische Maßlosigkeit eines sogenannten Führerwillens zur obersten Richtschnur erhoben werden. Deshalb - so mahnen sie - erinnert an die Verbrechen jener Zeit, an die Täter und die Opfer, an diejenigen, die, wie wir, Widerstand geleistet haben. Geht aber auch den Ursachen nach, die all das bewirkt haben und zum Teil weit in die Zeit vor 1933 zurückreichen.

Und das tun sie ja in der Tat. Ich nenne nur den gerade auch auf christlichen Traditionen beruhenden, teils latenten, teils ganz offenen Antisemitismus, den es schon im späteren 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab und der in bestimmten Gebieten und in bestimmten Schichten lange vor den Anfängen des Nationalsozialismus wirksam wurde. Oder die ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie und der Republik vor Weimar vor allem im Lager der deutschen Rechten. Eine Ablehnung, die bald in offene Feindseligkeit überging und sich gegenüber der Republik und der sie vor allem tragenden Sozialdemokratie auch in der bezeichneten Schmähung als „Judenrepublik“ und als „verjudete Partei der Novemberverbrecher“ äußerte. Dann die obrigkeitsstaatliche Tradition aus der Zeit des Kaiserreichs, der Gehorsam als eine absolute Tugend und Zivilcourage eher als etwas Undeutsches erschien. Damit einher ging die Verherrlichung des Krieges als eine Bedingung, ja als eine Notwendigkeit „existentieller Menschheitsverwirklichung“, wie sie beileibe nicht erst nach 1933 von nicht wenigen renommierten Philosophen und Erziehungswissenschaftlern propagiert wurde.

Nun könnte einer sagen: So etwas kann sich doch nicht wiederholen. Das ist doch ein für allemal vorbei. Ich bin mir da nicht so sicher. Gewiss: Es wird keine einfache Kopie, keinen Reprint des Tausendjährigen Reiches und seines Zustandekommens geben. Das meint auch Santayana nicht, wenn er davon spricht, dass derjenige, der das Vergangene vergesse, dazu verurteilt sei, es ein zweites Mal zu erleben. Doch wozu würde alles Erinnern taugen,

wenn es uns nicht mit der Erkenntnis wappnet, dass sich wiederholen kann, was schon einmal geschah? Dass sich jedenfalls bestimmte Prozesse wiederholen, dass Dämme ein weiteres mal brechen könnten - etwa durch den Missbrauch neuer Erfindungen und Technologien oder die Verabsolutierung des ökonomischen Prinzips. Oder durch einen sich ins Extreme steigernden Terrorismus. Denn die Flut, die uns ins Verderben riss, war kein Naturereignis, sondern sie war von Menschen gemacht. Und auch eine neue Flut wäre Menschenwerk. Werk derer, die handeln, und ebenso derer, die untätig und gleichgültig beiseite stehen.

Darum müssen wir das Vermächtnis der Toten ernst nehmen. Und zwar auch deshalb, weil wir ja fast täglich demokratiefeindlichen Äußerungen, antisemitischen und ausländerfeindlichen Parolen und immer wieder auch gewalttätigen Exzessen begegnen. Und weil inzwischen rechtsextreme Kräfte in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sitzen. Dabei sollten wir allerdings nicht vergessen, dass in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die NPD auch in der alten Bundesrepublik den Einzug in mehrere Landesparlamente - so auch in den bayerischen Landtag - schaffte und 1969 den in den Bundestag mit 4,3 Prozent nur knapp verfehlte. Und an neonazistischen Provokationen und Gewalttätigkeiten ist ja auch in den alten Bundesländern und gerade auch in Bayern kein Mangel. Wir brauchen nur an die Ausschreitungen in bestimmten Gebieten Mittelfrankens zu denken.

Das alles hat die Befürchtung erneuert, Dinge, die in unserer Geschichte schon einmal geschehen sind, könnten sich wiederholen. Anderes kommt hinzu. Etwa die provozierenden Aufmärsche der NPD, die gleichzeitig versucht, sich in manchen Gemeinden und Städten einen gut bürgerlichen und sozial engagierten Anschein zu geben. Dann die so genannten Kameradschaften, die in gewissen ländlichen Gebieten einzelner neuer Bundesländer eine Art Sozial- und Meinungskontrolle ausüben und Jugendliche ausgrenzen, die sich ihrem Druck widersetzen.

Zum Wahlerfolg der NPD haben in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern offenbar auch Stimmen von Wählern beigetragen, die damit gegen ihre schlechten Lebensverhältnisse - insbesondere gegen länger andauernde Arbeitslosigkeit - protestieren oder ihren Unmut über die etablierten Parteien zum Ausdruck bringen wollen. Die Politik ist deshalb gut beraten, ihre Bemühungen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit auch unter diesem Gesichtspunkt zu intensivieren. Und die beiden Volksparteien zumal sollten alles tun, um ihre örtliche Präsenz und Glaubwürdigkeit gerade in den neuen Bundesländern zu verstärken.

Aber das ist nur ein Aspekt des Problems. Wichtiger noch ist die Frage, warum alte Nazi-Parolen wieder Gehör finden und welche Emotionen einer hasserfüllten Fremdenfeindlichkeit und einem blanken Antisemitismus zugrunde liegen. Nach allen Beobachtungen werden diese Hassgefühle von bestimmten Kräften mit der verlogenen Behauptung geschürt, an allen Schwierigkeiten seien hauptsächlich Ausländer und Juden schuld. Damit einher geht ein eifernder National-Chauvinismus und eine unverhüllte Verherrlichung des NS-Regimes, dessen Verbrechen geleugnet und dessen „große Leistungen“ gepriesen werden. Dabei wird immer wieder auch an das appelliert, was Kurt Schumacher schon im Jahre 1932 in seiner berühmten Reichstagsrede gegen die Nationalsozialisten den „inneren Schweinehund“ im Menschen nannte. Darunter verstand er die in der menschlichen Natur angelegte Versuchung, für alle Übel Sündenböcke - in erster Linie die Juden - verantwortlich zu machen und das Gefühl eigener Überlegenheit dadurch hervorzurufen, dass man auf Minderheiten und auf solche, die schon am Boden liegen, erst verbal und dann mit physischer Gewalt einschlägt und sich an ihren Leiden berauscht.

Was ist dagegen zu tun?

Gefordert sind zunächst einmal die Politik und die staatlichen Institutionen. Sie haben aus der Schwäche der Weimarer Republik gelernt und sind sich heute insgesamt ihrer Verantwortung bewusst. Das gilt für die Polizei, die jetzt in der Regel früher und entschiedener eingreift als früher. Auch die Gerichte reagieren in ihrer Mehrzahl entschiedener als bisher, wenn es auch in Einzelfällen weiterhin erstaunliche Urteile gibt. So

zum Beispiel das, in dem die Verwendung von Nazi-Symbolen auch dann für strafbar erklärt wird, wenn diese ersichtlich als verächtlich und bekämpfenswert dargestellt werden - also beispielsweise zerbrochen oder durchgestrichen. Es ist zu hoffen, dass hier notfalls der Gesetzgeber für Klarheit sorgt. Noch nicht überzeugt bin ich hingegen derzeit von der Zweckmäßigkeit eines erneuten Verbotsantrags gegen die NPD. Zwar ließen sich die bürokratischen Pannen, an denen der letzte Antrag gescheitert ist, wohl vermeiden. Und es ist auch gut, dass es für den Ernstfall die Möglichkeit des Verbots gibt. Gegenwärtig würde es aber wohl eher die Parteiaktivisten in den Untergrund drängen und die Kontrolle ihrer Machenschaften erschweren.

Gefordert sind ebenso alle Institutionen und Organisationen unserer Gesellschaft. So die Medien, die ihre Anstrengungen fortsetzen und verstärken sollten. Die Städte und Gemeinden, die gut beraten sind, dem Beispiel der Kommunen zu folgen, die extremistische Exzesse nicht verharmlosen, sondern sie unter Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger brandmarken. So wie das in diesem Jahr in Gräfenberg vorbildlich geschehen ist. Oder die Parteien, die Gewerkschaften und die Kirchen, und ebenso die sozialen Verbände und die Verbände der Wirtschaft; sie sollten die Mitverantwortung aller ihrer Mitglieder zum Gegenstand intensiver Diskussionen machen. Dann die Schulen und Hochschulen sowie die Sportverbände und Jugendorganisationen; überall dort sollten extremistischen Äußerungen und Verhaltensweisen, insbesondere junger Menschen, sogleich entschieden entgegengetreten werden.

Gefordert sind schließlich alle Mitbürgerinnen und Mitbürger. Noch immer steht nämlich ein nicht geringer Teil unserer Gesellschaft rechtsextremistischen Aktivitäten und antisemitischen Parolen ziemlich passiv gegenüber. Deshalb appelliere ich an alle: Seht nicht weg, wenn der Ungeist von neuem sein Haupt erhebt, zuckt nicht mit den Achseln, wenn Mitmenschen beleidigt, bedroht oder geschlagen werden, verschließt nicht Eure Ohren, wenn am Stammtisch oder sonstwo schlimme Sprüche gedroschen werden, sondern widersteht, widerspricht und bringt Euch ein, um rechtzeitig Unheil vorzubeugen.

Wer es tut, verteidigt die Menschenwürde und die Demokratie. Wer es nicht tut, lässt die Demokratie und die Menschenwürde im Stich. Das sollten vor allem auch die Eltern bedenken. Sie dürfen ihre Kinder nicht sich selbst überlassen, sondern sie sollten rechtzeitig mit ihnen reden und auf sie einwirken. Dazu gehört auch, dass wir uns an den Werten orientieren, auf denen unser Grundgesetz beruht. Und dass wir den Satz ablehnen „Alles geht und auf nichts kommt es an, wenn es nur Spaß macht!“ - ein Satz, der leider da und dort schon zur Maxime der Lebensführung geworden zu sein scheint. Auch das materielle Mehr darf nicht zur alles entscheidenden Maxime werden.

Noch etwas kommt hinzu. Nämlich die Notwendigkeit, kontinuierlich für die Festigung unserer demokratischen Strukturen insgesamt einzutreten. Denn auch das ist eine Lehre aus der Vergangenheit: Wir sollten es weiß Gott wissen, dass die Gleichgültigkeit ihrer Bürger die Demokratie unterhöhlen kann. Und eben nicht nur die Gleichgültigkeit gegenüber rechtsextremistischen oder auch linksextremistischen Aktivitäten - die allerdings im Augenblick eine geringere Rolle spielen -, sondern auch gegen Herausforderungen ganz anderer Art. Also beispielsweise gegen einen übersteigerten Negativismus, der alles und jedes kritisiert und die Politiker generell als unfähig, böswillig und nur auf den eigenen Vorteil bedacht charakterisiert und auf diese Weise Verdrossenheit und Hoffnungslosigkeit hervorruft.

4.

Andere aufzufordern, etwas zu tun, ist das eine. Selber etwas zu tun, ist das andere - und es ist mindestens ebenso wichtig. Ihr habt das mit der Stiftung des Willi-Ohlendorf-Preises und Alexandra Herz hat das durch ihre ausgezeichnete Facharbeit getan. Damit sind alle hier in Bobingen Beteiligten dem Vermächtnis Willi Ohlendorfs gerecht geworden. Er hätte seine Freude daran und würde sagen: „Macht weiter so! Und gewinnt auch andere!“